

Wasser, Tiere, Klima schützen – Bauern dabei unterstützen!



Miteinander reden statt übereinander – Greenpeace setzt sich für eine enkeltaugliche Landwirtschaft ein.

Die Arbeit von Landwirt*innen genießt laut Umfragen eine hohe Wertschätzung in der Gesellschaft. Das soll auch so bleiben. Schließlich arbeiten sie mit der Natur und produzieren Lebensmittel für uns alle.

Der Ärger der Landwirt*innen, der derzeit in Form von Treckerdemos oder grünen Kreuzen auf den Äckern sichtbar wird, ist nachvollziehbar. Schließlich hat die Ausrichtung der Agrarpolitik unter maßgeblichem Einfluss von CDU und CSU die Landwirtschaft auf einen ruinösen Kurs geführt: Immer höhere Erträge bei immer niedrigeren Preisen – das ist schlecht für die Umwelt, aber auch schlecht für die Bauern. Auch Spitzenvertreter des Bauernverbands haben diese desaströse Politik mitgetragen.

Wat mutt, datt mutt

Landwirt*innen tragen eine hohe Verantwortung für den Schutz der Artenvielfalt, der Wasserqualität, der Böden und des Klimas. Sie müssen sich auf veränderte Konsumgewohnheiten und notwendige Maßnahmen für mehr Klima- und Artenschutz einstellen. Fakt ist: Die Emissionen aus der intensiven Tierhaltung tragen zur Erderhitzung bei, der Rückgang der Arten bei Insekten und Vögeln ist insbesondere auf dem Land dramatisch. Wenn Politiker*innen wie Julia Klöckner (CDU) alte Feindbilder bedienen, und den Schwarzen Peter Verbraucher*innen und Umweltschutzverbänden zuschieben, stehlen sie sich aus ihrer Verantwortung. Die Politik muss die Landwirtschaft zukunftsfähig aufstellen – und zwar nicht nur die Großbetriebe.

Klima- und Artenschutz honorieren

Die Bauern verdienen unsere Unterstützung – als Verbraucher*innen an der Supermarktkasse, aber auch als Steuerzahler*innen. Denn die Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU werden nach einem völlig veralteten Fördersystem verteilt, das zudem sozial ungerecht ist. Ein Teil der Gelder bleibt nicht bei den Landwirt*innen, weil die Subventionen faktisch an die Eigentümer der Flächen weitergereicht werden. Wenn Landwirt*innen weniger Pestizide einsetzen und damit einen Beitrag zum Kampf gegen das Artensterben leisten, muss das finanziell unterstützt werden. Das Gleiche gilt für Klimaschutzmaßnahmen – denn gerade die Landwirtschaft ist jetzt schon von den Folgen der Erderhitzung betroffen.

Politik muss Planungssicherheit schaffen

Besonders junge Landwirt*innen brauchen klare und verlässliche Perspektiven. Die Politik muss deshalb Regeln und Ziele vorgeben, die langfristig Bestand haben. Die Flickschusterei bei der Düngeverordnung zeigt, wie es nicht geht.

Allein auf freiwilliger Basis klappt das nicht, das zeigt der Blick zurück: Seit über vierzig Jahren gibt es Kooperationen zwischen Wasserwerken und Landwirtschaft. Das Problem der Überdüngung ist aber vielerorts noch immer nicht gelöst. Seit Jahren wird darüber diskutiert, den Pestizideinsatz zu reduzieren, ohne dass der Einsatz wirklich zurückgegangen wäre. Beim Insektenschutz ist offensichtlich, dass alle freiwilligen Maßnahmen über Förderprogramme wie Ackerrandstreifen nicht ausgereicht haben, den Rückgang aufzuhalten.

Forderungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft

Es muss jetzt gehandelt werden! Nach den politischen Versäumnissen der vergangenen Jahre ist der Veränderungsdruck groß. Es gilt, die Landwirtschaft so aufzustellen, dass sie unsere Ressourcen schont und zugleich eine Zukunftsperspektive für kommende Generationen bietet.

- ▶ **Flächenbindung der Tierhaltung**, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren und das Problem der Überdüngung zu lösen. Die Tierzahl muss sich mittelfristig an der vorhandenen Fläche für Futteranbau und Düngung orientieren.
- ▶ **Rechts- und Planungssicherheit für Tierhalter*innen** durch langfristige Vorgaben für den Tierschutz (Beispiel Schweinehaltung: Kastenstand, Ferkelkastration, Ringelschwanz), Investitionen in tiergerechte Ställe müssen finanziell gefördert werden.
- ▶ **Gezielte Agrarsubventionen**, sodass rund ein Drittel der Direktzahlungen künftig Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen unterstützt.
- ▶ **Schutz der Artenvielfalt** durch Förderung von Rückzugs- bzw. Vorrangflächen und Reduktion des Pestizid-Einsatzes; Förderung ökologischer Landwirtschaft zur Erreichung des 20-Prozent-Ziels der Bundesregierung.
- ▶ **Faire Preise für Erzeuger*innen** – der Lebensmittelhandel muss dies über langfristige Verträge garantieren. Weg von der Billigproduktion für den Weltmarkt.
- ▶ **Transparenz für Verbraucher*innen**, um Fleisch aus guter Haltung zu erkennen. Die Politik muss eine verpflichtende Fleischkennzeichnung für Gastronomie und Handel einführen.